



Bundestags- brief

Nr.261 • Die Woche im Bundestag • 31.01.2020



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222
Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

75. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz: Erinnerung an das Unfassbare wach halten!

Am vergangenen Montag gedachten wir der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar 1945. Der Deutsche Bundestag hat in einer Gedenkstunde am vergangenen Mittwoch an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz und an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert.

Mit eindringlichen Worten haben Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Israels Staatspräsident Reuben Rivlin nicht nur der Opfer gedacht, sondern auch auf die große Verantwortung der nachkommenden Generationen hingewiesen, sich der Auseinandersetzung mit den Verbrechen, die im deutschen Namen unter den Nationalsozialisten verübt wurden, zu stellen und daraus die richtigen Lehren für unser heutiges Zusammenleben zu ziehen. Zum 75. Jahrestag der Befreiung der Häftlinge des Konzentrationslagers Auschwitz sollten wir uns vergegenwärtigen, dass die offene und schonungslose Auseinandersetzung mit den Menschheitsverbrechen der Nationalsozialisten und das breite gesellschaftliche Bewusstsein für die Verantwortung, die daraus erwächst, heute zu den hart erkämpften, moralischen Errungenschaften unseres Landes gehören.

Für mich ist klar: Deutschland darf nie wieder ein Land sein, in dem Hass und Hetze gegen Minderheiten auf eine schweigende Mehrheit stoßen. Das müssen wir unmissverständlich klarstellen und auch entsprechend handeln. Von großer Bedeutung für die Erinnerung an die schrecklichen Verbrechen der Nationalsozialisten sind dabei die Authentischen Orte der Vernichtung. Sie halten die Erinnerung an das Unfassbare wach. Die steigenden Besucherzahlen in vielen NS-Gedenkstätten und –Dokumentationszentren zeigen das große Interesse gerade auch in den Schulen an diesem Bildungsangebot.

Es ermöglicht, sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen und Bezüge zu gegenwärtigen Fragestellungen und der eigenen Lebenswelt herzustellen. Auch heute gilt: wir dürfen nicht wegschauen, wenn Antisemitismus, Rassismus und Ausgrenzung um sich greifen.

Als Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien trägt die institutionelle Förderung meines Hauses für bedeutsame NS-Gedenkstätten in diesem Jahr mehr als 26 Millionen Euro – eine Steigerung von etwa 20 Prozent gegenüber dem Beginn der Legislaturperiode 2017.

Anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung der Konzentrationslager werden wir zusätzliche Sondermittel in Höhe von 1,2 Millionen Euro für Gedenkveranstaltungen zur Verfügung stellen. Damit wollen wir es ermöglichen, dass noch lebende ehemalige Häftlinge der Konzentrationslager und ihre Angehörigen an den Gedenkveranstaltungen in Deutschland teilnehmen.

Mit dem Programm „Jugend erinnert“ unterstützt die Bundesregierung außerdem rund 30 Projekte, mit denen NS-Gedenkstätten und Dokumentationszentren neuartige Ansätze für die pädagogische Arbeit mit jungen Menschen entwickeln und ausprobieren. Für dieses Programm stehen bis 2022 jährlich weitere 5 Millionen Euro bereit.

Wir haben ‚Jugend erinnert‘ gestartet, weil wir in der Gedenkstättenarbeit weiter experimentelle und innovative Wege gehen müssen. Wir wollen noch stärker neue Zielgruppen wie zum Beispiel Zuwanderer erreichen. Damit stärken wir ein kritisches Geschichtsbewusstsein und können über gesellschaftliche Grundlagen und Werte wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit diskutieren.

Investitionen in unsere Infrastruktur erhöhen und beschleunigen

In dieser Wahlperiode stellen wir als Bund Rekordmittel für Investitionen in unsere Infrastruktur bereit, auch wenn dafür in manchen Bereichen Länder und Kommunen zuständig sind.

Mehr Geld steht zukünftig zur Verfügung für Schienen, Straßen und Wasserstraßen, für die Digitalisierung der Schulen und für schnelles Internet, für Kitas, für den sozialen Wohnungsbau, für den öffentlichen Nahverkehr in Kommunen, für kommunale Einrichtungen wie Schwimmbäder und Sporthallen.

An vielen Baustellen im Land merken die Bürger, dass investiert wird, aber manches kommt nur langsam in Gang. Daher haben wir ein weiteres Gesetz zur Planungsbeschleunigung beschlossen, damit Ersatzneubauten und 12 große Schiene- und Wasserstraßenprojekte schneller realisiert werden können.

Zudem erhöhen wir für den schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr die Bundesmittel: ab 2021 auf eine Milliarde, ab 2025 auf zwei Milliarden Euro pro Jahr. Das ist ein konkreter Beitrag zum Klimaschutz.

Zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland

Am 29. Januar 2020 wurde dem Bundeskabinett der Jahreswirtschaftsbericht vorgelegt und auch das Jahregutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wurde veröffentlicht.

Dieses Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass sich die deutsche Wirtschaft konjunkturell im Abschwung befindet. Von einer breiten und tiefgehenden Rezession sei jedoch nicht auszugehen. Das reale BIP wuchs im zurückliegenden Jahr nach Prognose des Sachverständigenrates um 0,5 Prozent.

Die Sachverständigen halten ein zusätzliches Konjunkturpaket nicht für notwendig. Nach ihrem Urteil lässt die Schuldenbremse einen ausreichenden Spielraum für eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen.

Herausforderungen für die heimische Volkswirtschaft werden insbesondere in der schwachen Produktivität gesehen, die sich durch demografischen Wandel, einem verhaltenen Einsatz neuer Technologien, eine geringe Unternehmensdynamik sowie eine schwache Investitionstätigkeit begründe.

Das Gutachten belegt, dass die am sogenannten Gini-Koeffizienten gemessene Einkommensungleichheit seit dem Jahr 2005 nicht signifikant gestiegen ist, obwohl Zuwanderung vor allem in die unteren Einkommensbereichen stattgefunden habe.

Darüber hinaus skizzieren die Gutachter mögliche Maßnahmen zur Förderung von Forschung und Innovation sowie zur Steigerung privater und öffentlicher Investitionen.

„SuperMUC-NG“ ist schnellster Supercomputer Deutschlands.

Im Leibniz-Rechenzentrum in Garching bei München steht der schnellste Supercomputer Deutschlands.

In der kürzlich aktualisierten Liste der 500 schnellsten Rechner der Welt, reiht sich ist der 2018 in Betrieb genommene, sogenannte „SUPERMUC-NG“ auf Platz neun ein. Die Rechenleistung des Supercomputers wird unter anderem für komplexe Berechnungen astrophysikalischer Modelle, Simulationen in der Hochenergiephysik oder auch der Medizin genutzt.

Auch hinsichtlich der Zukunftstechnologie des Quantencomputing wurden 2019 forschungspolitische Weichen gestellt. Die Bundesregierung wird bis zum Ende der Legislaturperiode 650 Millionen Euro in die Forschung und Entwicklung von Quantentechnologie investieren.

Hiervon profitieren wird auch eine gemeinsame Initiative der Fraunhofer-Gesellschaft und IBM, die angekündigt haben, gemeinsam einen Quantencomputer zu bauen. Der erste europäische Quantencomputer wird somit in Deutschland stehen.

(Quellen: BMBF; Fraunhofer; top500.org)